

Pressemitteilung vom 01.08.2005 13.00 Uhr

Gesellschaft Schweiz-Armenien
Postfach 497
3000 Bern 14

Bundesrat ist der Türkei auf den Leim gekrochen

Die Gesellschaft Schweiz – Armenien (GSA) hält nichts vom Vorschlag der türkischen Regierung, die Ereignisse von 1915 durch eine armenisch-türkische Historikerkommission untersuchen zu lassen. Was den Armeniern während des Ersten Weltkrieges auf dem Gebiet der heutigen Türkei widerfuhr, ist historisch längst aufgearbeitet. Diverse internationale Vereinigung von Genozidforschern, die dafür zuständige Kommission der UNO, das Europaparlament sowie unzählige nationale Parlamente haben den historischen Fakt des Völkermordes hinlänglich bestätigt.

Der Bundesrat, der die Einsetzung einer gemischten Historikerkommission zur Bewertung der Ereignisse unterstützt, kriecht damit der türkischen Verschleierungs- und Verzögerungsstrategie auf den Leim. Stattdessen täte die Landesregierung gut daran, den wiederholten Angriffen von türkischer Seite auf das schweizerische Staats- und Rechtssystem mit aller Entschiedenheit entgegen zu treten.

Die GSA verlangt vom Bundesrat, dass er den Völkermord an den Armeniern von 1915 endlich als solchen anerkennt, wie dies der Nationalrat im Dezember 2003 mit klarem Votum getan hat. Mit dem jetzigen Verhalten hat der Bundesrat den Nationalrat ohne Not desavouiert und die „offizielle Schweiz“, gespalten. Dieser Imageschaden der durch das duckmäuserische Verhalten des Bundesrates entstanden ist schadet der Glaubwürdigkeit der Schweiz als Hort der humanitären Tradition und der Menschenrechte. Die vermeintlichen kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen haben wieder einmal das politische Verhalten geprägt und da missachtet der Bundesrat sogar die politischen Spielregeln und übergeht einen Beschluss des Nationalrates. Hierzu könnte der Bundesrat eine Lektion in würdigem politischen Verhalten am Beispiel Frankreich nehmen, wo der Präsident den Beschluss des Parlamentes voll und ganz unterstützte, im vollen Bewusstsein, dass die viel bedeutungsvolleren wirtschaftlichen Beziehungen (im Vergleich zur Schweiz-Türkei) tangiert werden könnten. Damals wurde der türkische Botschafter in Paris mit viel Getöse abberufen und sass still einen Monat später wieder auf seinem Posten, die wirtschaftlichen Beziehungen entwickelten sich munter weiter.

Für weitere Informationen:

Andreas Dreisiebner, Co-Präsident Gesellschaft Schweiz – Armenien (079 671 86 19)

http://www.armenian.ch/forum/phpBB2/negationB_D.php
http://www.armenian.ch/asa/Docs/Letter_of_IAGS.pdf>

Beilagen:

- Brief der internationalen Vereinigung der Genozid-Forscher vom 6. April 2005 an den türkischen Premierminister Erdogan